

**Antrag 89/II/2025****SPD Frauen Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch 88/II/2025 (Konsens)****Vielfalt ist Stärke**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen  
2 Bundestags und die sozialdemokratischen Mitglieder  
3 der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, sich  
4 dafür einzusetzen, dass sich künftig Unternehmen in  
5 Deutschland ab 100 Mitarbeiter:innen dazu verpflichten,  
6 DEI (engl. Diversity, Equity, Inclusion; de: Diversitäts-  
7 , Gleichberechtigungs- und Inklusions-)Programme  
8 umzusetzen. Die Programme müssen notwendige Be-  
9 dingung sein, um als Unternehmen an öffentlichen  
10 Ausschreibungen teilnehmen zu können. Darüber hinaus  
11 soll die Bundesregierung gemeinsam mit der Charta der  
12 Vielfalt e. V., der deutschlandweit größten Initiative für  
13 Vielfalt und Inklusion am Arbeitsplatz, weitere Anreize  
14 für Unternehmen ausarbeiten, sich aktiv um Antidiskri-  
15 minierung, Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion  
16 am Arbeitsplatz zu bemühen.

17

**Begründung**

19 Aufgrund des Drucks der US-Regierung unter Präsident  
20 Trump haben Unternehmen weltweit und darunter auch  
21 namhafte deutsche Unternehmen wie VW und die Deut-  
22 sche Telekom ihre Diversitätsprogramme in den USA deut-  
23 lich reduziert oder eingestellt. Die US-Regierung verlangt,  
24 dass Unternehmen weltweit, und nicht nur in den USA,  
25 ihre DEI-Programme einstellen (vergl.: Tagesspiegel: Die  
26 US-Regierung will Schweden zum Vertrag gegen Vielfalt  
27 drängen, 8.5.2025). So hat sich der Softwarekonzern SAP  
28 bereits innerhalb Deutschlands gänzlich von seinem Ziel  
29 einer Frauenquote innerhalb des Unternehmens verab-  
30 schiedet (Deutsche Welle: Diskriminierung - Beenden Un-  
31 ternehmen Diversity-Programme? 26.5.2025).

32

33 Die Förderung von Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion ist  
34 durch das Erstarkens von Rechtspopulisten weltweit be-  
35 droht. Umso aktiver muss die Bundesregierung die Un-  
36 ternehmen in die Pflicht nehmen, Antidiskriminierung,  
37 Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion am Arbeits-  
38 platz zu fördern. Der Wirtschaft wird durch eine rechtli-  
39 che Verpflichtung die Entscheidung abgenommen, ob sie  
40 DEI-Programme bspw. auf Druck des amerikanischen Prä-  
41 sidenten einstellen oder nicht bzw. ob grundsätzlich wel-  
42 che einführen.